

32. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 27. November 2018

Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeisterin:	Hermanek Susanne	SPÖ
Stadträte-SPÖ:	Eisler Elfriede, Ryba Günter	
Stadträte-ÖVP:	OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian, Mag. (FH) Völkl Andrea	
Stadtrat-FPÖ:	Kube Erwin	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Bauer Johann, Buchta Brigitte, Gübler Gerda, Hellwein Christian, Ibraimi Setki, Minibeck Manfred, Pollak Daniel, Preyss Michael, Mag. Riedler Corinna, Ruzicka Jürgen	
Gemeinderäte-ÖVP:	Dkkfm. Bartosch Johannes, Dummer Gerhard, Mag. Falb Martin, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, KR Hopfeld Peter, Kopf Eleonore, Mag. Trabauer Manuela, Weiss Margit	
Gemeinderäte-FPÖ:	Mayer Wolfgang, Wiesner Karin, Ing. Winter Hardo	
Gemeinderäte-GRÜNE:	Mag. Kamath-Petters Radha, DI Pfeiler Dietmar, Mag. Straka Andreas	
Gemeinderat-NEOS:	Dr. Fischer Martin	
<u>Entschuldigt:</u>	StR Holzer Othmar GR Frithum Gabriele	

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:12 Uhr

Tagesordnung:

- I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit
- II. Genehmigung des Protokolls vom 24.10.2018
- III. Antrag auf Auflösung des Gemeinderates der Stadt Stockerau gemäß § 20 Abs. 2 NÖ GO 1973

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

II. Genehmigung des Protokolls vom 24.10.2018

Bürgermeister Laab: Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 24.10.2018 unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Gemeinderat Fischer: Ich habe eine Frage zum Protokoll: Auf Seite 2015 ist der Herr Kollege Dummer protokolliert, wonach die Liegenschaft Hauptstraße 52, also das Bürgerspital samt der Sebastianikirche um einen Preis von € 550.000,-- verkauft worden sei. Laut dem Kaufvertrag war der Kaufpreis aber € 710.000,--. Daher meine Frage, ob hier eine Fehlprotokollierung vorliegt oder ob Kollege Dummer wirklich € 550.000,-- gesagt hat.

Bürgermeister Laab: Herr Kollege Dummer hat € 550.000,-- gesagt.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

III. Antrag auf Auflösung des Gemeinderates der Stadt Stockerau gemäß § 20 Abs. 2 NÖ GO 1973

Bürgermeister Laab: Ich darf Ihnen den Antrag der ÖVP zur Kenntnis bringen:

Angesichts der durch den Rückzug des Bürgermeisters, der Vizebürgermeisterin, zwei Stadt- und von fünf Gemeinderätinnen und Gemeinderäten der SPÖ hervorgerufenen Lage in Stockerau sollte die politische Entscheidungsbefugnis in die Hände der Bürgerinnen und Bürger Stockeraus zurückgegeben werden und es sollten die für 2020 vorgesehenen Gemeinderatswahlen auf den Jahresbeginn 2019 vorgezogen werden. Im Anschluss daran kann ein personell runderneuerter Gemeinderat auf Basis eines konstruktiven fraktionsübergreifenden Zusammenwirkens von einer Funktionsperiode von etwa sechs Jahren Stockerau in eine gute Zukunft führen.

Es wird deshalb der folgende Antrag gestellt:

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge gemäß § 20 Abs. 2 NÖ GO seine Auflösung beschließen.

Zugleich wird ein Zusatzantrag gestellt.

Die Abstimmung über diesen Antrag möge gemäß § 51 Abs. 3 NÖ GO geheim mittels Stimmzettel durchgeführt werden.

Abstimmung über Zusatzantrag:

Beschluss: **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	2 (Hellwein, Gübler)
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	13
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Stadtrat Moser: Zunächst einen schönen guten Abend auch von unserer Seite. Sie haben den Antrag gehört. Wir haben den Antrag eingebracht, nicht weil wir sonst nichts Besseres zu tun haben an einem Dienstagabend, sondern wir haben den Antrag eingebracht, weil wir der Meinung sind, dass sich die Stadtgemeinde Stockerau in einer außergewöhnlichen Situation befindet, in einer ernstesten Situation und eigentlich in einer kritischen Situation. Die vergangenen Jahre, das haben Sie mitverfolgen können, waren ja insgesamt nicht frei von Turbulenzen. Das kann man mit Fug und Recht sagen. Aber was sich dann am 24. Oktober ergeben hat, das war schon ein Erdbeben. Was da in Stockerau passiert ist, war noch nie da und ist auch etwas, was in Niederösterreich selten, vielleicht auch noch nie in diesem Ausmaß vorgekommen ist. Es war, wie wir den Medien entnehmen konnten, nichts anderes als eine innerparteiliche Revolution bei der SPÖ, eine Aktion - abgestimmt zwischen einigen Kollegen aus der SPÖ-Fraktion mit der Landespartei, insbesondere mit dem Landesparteivorsitzenden - und hat ein gewaltiges Ausmaß an Veränderungen gebracht. Sie wissen es alle - Bürgermeister, Vizebürgermeisterin, de facto der halbe Stadtrat, insgesamt neun Gemeinderäte, die hier ihre Funktion zurückgelegt haben aufgrund dieser internen Zerwürfnisse. Zusätzlich wird es noch weitere Änderungen geben. Bei der wichtigen Immobiliengesellschaft KIG wird es vermutlich einen Geschäftsführerwechsel deswegen auch geben. Es wird einen Wechsel in der Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden geben und so weiter und so weiter. Wir sind eben der Meinung, dass man in so einer Situation, wo sich alles dreht, wo sich alles ändert, dass man da nicht zwang und klanglos zur Tagesordnung übergehen kann, dass man so tut, wie wenn nichts wäre. Daher haben wir eben diesen Antrag eingebracht, weil wir der Meinung sind, die Stadtgemeinde Stockerau mit den zahlreichen Herausforderungen, Problemen, die es gibt, ob jetzt von den Finanzen, Verkehr in der Innenstadt, von der Betriebsansiedlungen und, und, und - gewaltige Herausforderungen, braucht Gemeinderäte, die man nicht erst überreden muss, ob sie dazu kommen, es sind eh nicht mehr viele Sitzungen oder kommen dazu als Platzhalter quasi für 12 Monate, 14 Monate. Wir brauchen einen Gemeinderat, der arbeitet. Einen Gemeinderat, wo alle 37 Mitglieder mit vollem Herzen, mit voller Kraft, mit voller Überzeugung dabei sind und wir brauchen vor allem nicht 14 Monate Wahlkampf. Dass der Wahlkampf begonnen wurde, hat man schon in der letzten Ausgabe in der SPÖ-Palette sehen können. Diese Lähmung wollen wir Stockerau ersparen und darum möchte ich Sie alle, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen einladen, unterstützen Sie diesen Antrag, der von uns eingebracht wurde, unterstützen Sie Stockerau. Stockerau braucht eine andere politische Kultur. Vielen Dank.

Gemeinderat Mayer: Wie Sie vielleicht entnehmen konnten, haben wir uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Aber es ist eine Entscheidung gefallen und vom Gremium der FPÖ hat sich die Mehrheit entschlossen, dass wir den Antrag der ÖVP beipflichten und mitgehen werden. Wir werden auch nicht zur Wahl ein Jahr Wahlkampf machen. Der Herr Bürgermeister, wie wir beieinander gesessen sind, haben Sie schon gesagt, 2019 müssen wir uns etwas abspalten, damit man bei der Wahl nicht so gemeinsam geht. Deswegen haben wir den Entschluss getroffen, es ist besser, wir gehen gleich und machen die Wahl sofort. Aufgrund der großen Rücktritte der SPÖ-Mandatare, einschließlich Bürgermeister und Vizebürgermeisterin, ist das ja nicht so eine Sache, was man nebenbei wieder besetzen kann, sondern die Ereignisse haben auch Spuren in der Bevölkerung hinterlassen. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht bei diesen großen Umständen bzw. Änderungen der Stadtgemeinde sehr wohl die Veranlassung, wählen zu gehen, damit sie mitbestimmen können. Die Tagesordnungspunkte einfach so jetzt weiter abarbeiten, finden wir nicht richtig. Es sollte das demokratische Recht der Stockerauer Bevölkerung in Anspruch genommen und auf Neuwahlen zugesteuert werden. Deshalb stimmen wir dem Antrag der ÖVP zu.

Stadträtin Völkl: Christian Moser hat das schon angesprochen. Es sind neun Mandatare der SPÖ gegangen. Ich möchte anmerken, es war kein geordneter Übergang. Es war eher überraschend, es war nicht persönlich quasi eine Entscheidung, die wir besprochen haben. Da ist schon viel Druck dahinter gewesen. Neun Mandatare, das möchte ich auch noch einmal hervorheben, das waren nicht irgendwelche Gemeinderäte-Mandatare, die vielleicht im Gemeinderat sitzen, in der Sitzung da sind, nichts sagen, wo mitstimmen, die Hand heben, sondern diese neun Mandatare, da ist der Bürgermeister darunter, die Frau Vizebürgermeister, Stadträtin für Finanzen, Stadträtin für Soziales und Stadtrat für Bauwesen, sind doch politische Entscheidungsträger der letzten Jahre. Das hinterlässt ein Vakuum, das hinterlässt eine Lücke, das ist nicht so einfach aufzufüllen. Die letzten Jahre seit 2015 waren geprägt von vielen Auseinandersetzungen in diesem Gemeinderat. Viele Themen, die auf sachpolitischer Weise abgearbeitet hätten werden sollen, sind eigentlich zum politischen Spielball missbraucht worden und es hat auch sehr viele, das muss ich leider anmerken, auch persönliche Grenzverletzungen gegeben. Ich denke, da bleibt auch was zurück. Wenn wir in dieser Zusammensetzung mit dem ganzen Kapitel, das wir hier geschrieben haben, auch mit dem vielen Streit und den Zerwürfnissen, da jetzt einfach so weiter gehen, dann finde ich, dass das kein guter, stabiler Weg in die Zukunft ist. Ich glaube, das wird einfach fortgeschritten geschrieben. Wenn es so eine massive Veränderung in einem Gemeinderat gibt, dass von der Regierungspartei über 50% der Mandatare ausscheiden, dann ist das eine massive Veränderung. Es ist jetzt die Zeit, dass wir wieder unsere Bürgerinnen und Bürger um ihre Meinung fragen. Die Wahl wäre Anfang 2020 gewesen und wir wählen nur ein paar Monate früher. Wir ziehen die Wahl nur vor, weil jetzt bei uns der Zeitpunkt ist, dass eine Entscheidung für die Zukunft, die tragfähig ist, wo wieder sich alle neu formieren können, die Fraktionen sich ordnen, dass man wirklich ein Strich unter dieses Kapitel zieht, die Seite umblättert, ein neues Kapitel anfängt und auch lernt aus den letzten Jahren. Darum bitten wir um Unterstützung für unseren Antrag für vorgezogene Wahlen. Dankeschön.

Gemeinderat Hetzendorfer: Anstatt jetzt noch weit auszuholen und am Ende meiner Wortmeldung festzuhalten, dass ich für die Neuwahlen bin, sage ich das gleich vorab. Ich hoffe, ich habe da jetzt nicht die Spannung heraus genommen, aber ich glaube, da gab es schon einige Vorahnungen. Vorab möchte ich noch eines sagen, weil es, glaube ich, die letzte Sitzung des Bürgermeisters ist. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um auch zum Ausdruck zu bringen,

dass ich zwar nicht immer übereingestimmt habe mit den Standpunkten von Ihnen, aber zumindest was mich betrifft, fand ich die Zusammenarbeit eigentlich immer sehr angenehm mit Ihnen. Ich hoffe, so wie ich das in der letzten Gemeinderatssitzung interpretiert habe, ist das auch bei Ihnen so angekommen, ich hoffe es zumindest. Die Situation war in einigen Punkten einfach sehr verfahren. Leid tut es mir zum Beispiel auch in dieser Hinsicht, immer wenn ich an den Weihnachtsumtrunk nach der Dezembersitzung des Gemeinderates denke. Solche Sachen haben mir immer viel bedeutet und das zeigt mir einfach auch, wie verfahren die Situation damals schon war, dass man aufgrund der gegenseitigen Ressentiments da einfach diesen Umtrunk ausfallen lassen hat.

Zum eigentlichen: Stockerau braucht meiner Meinung nach einen Neustart. Ich glaube nicht, dass die Sache lediglich durch die Neubesetzung erledigt sein kann und das erwarten sich, glaube ich, auch die Bürgerinnen und Bürger. Ich hatte die Gelegenheit mit einigen zu sprechen, die überwiegende Mehrheit war der Meinung, dass Neuwahlen eigentlich angebracht wären. Meiner Ansicht nach wäre es das vernünftigste, die Gemeinderatswahlen vorzuziehen, denn was wir brauchen, sind klare Verhältnisse, eine klare Linie, ein Fahrplan, den wir rasch abarbeiten, denn zu viele Altlasten beschäftigen uns. Ich möchte jetzt auch auf niemanden mit den Finger zeigen, wirklich nicht, also das bitte mir zu glauben. Ich kann aber zum Beispiel überhaupt nicht mit der Wahrnehmung des SPÖ-Statements mitgehen, dass im Falle von Neuwahlen die Stadt vom Stillstand betroffen ist. Das sehe ich überhaupt nicht. Dass die Mandate nachbesetzt werden können, das glaube ich absolut. Aber es sind ja nicht irgendwelche Mandatare, wie schon angesprochen, die zurücklegen, sondern das Regierungsteam. Ich glaube nicht, dass es im Interesse der Stadt sein kann, ein überwiegend neues Team einzusetzen, das das letzte Jahr noch irgendwie runterbiegt, ohne jetzt irgendwem die personelle Qualifikation abzusprechen. Abgesehen davon ist es auch noch ein Wahljahr. Also, wenn wir uns ehrlich sind, alle, die das schon einmal gemacht haben, wissen, dass spätestens ab September, wenn im Januar die Wahl stattfinden soll, ab September nur noch Wahlkampf ist und sowieso „Stillstand“ ist. Wie Herr Dr. Moser gesagt hat, also wenn ich mir die aktuelle Palette anschau, ist der Wahlkampf gestartet auf Seiten der SPÖ. Viel sinnvoller wäre es, meiner Meinung nach, wenn wir die Gemeinderatswahlen, wie gesagt, vorziehen, um eine längere Periode zu haben, eben diese angesprochenen knappen sechs Jahre, in denen wir ordentlich arbeiten können. Das heißt auch für uns Gemeinderäte, dass wir jetzt nach dem Neujahr drei Monate intensive Arbeit vor uns haben, aber das heißt auch, dass wir jetzt nicht 14 Monate Stillstand, diese Gefahr sehe ich, vor uns haben. Ich fasse zusammen, aus meiner Sicht wäre es sinnvoller, den Bürgerinnen und Bürgern im Frühjahr ihre Stimme abgeben zu lassen, einen frischen Start, klare Verhältnisse und eine ganze Periode Zeit für dringend nötige Veränderungen zu haben. Danke.

Gemeinderat Fischer: Ich stimme der ÖVP zu, dass die momentane Situation nicht einfach ist. Auch ich hätte mir eine Übergabe der Verantwortung für diese Stadt besser geplant und schrittweise gewünscht. Bürgermeister Laab und die Mitglieder seines Teams werden ihre Gründe dafür gehabt haben, nicht geordnet, sondern alle gleichzeitig und mit kurzer Frist ihre Ämter zur Verfügung zu stellen. So ist es eben jetzt.

Ich stehe aber dem Thema Neuwahlen sehr skeptisch gegenüber. Wir haben als Gemeinderäte einen Auftrag vom Wähler erhalten, für diese Stadt da zu sein und nicht, sobald es schwieriger wird, das Handtuch zu werfen. Der Wähler hat uns auch nicht dafür gewählt, parteitaktisch zu agieren und ergebnisoptimierte Neuwahlen zu erzwingen. Dazu kommt, dass in nächster Zukunft Herausforderungen auf uns zu kommen, für die wir eine handlungsfähige Gemeindeführung brauchen, nicht zuletzt der Ausbau der A22.

Wenn wir jetzt Neuwahlen beschließen, dann ist die Stadt faktisch führerlos. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand bereit ist, als Bürgermeister nur für die Zeit bis zur Wahl tätig zu werden, quasi als sitting duck, wie der Jäger sagt, als sitzende Ente. Dabei kann man sich und seine Partei nur selbst beschädigen.

Ich werde also aus grundsätzlichen Überlegungen dem Antrag auf Auflösung des Gemeinderates nicht zustimmen.

Gemeinderat Pfeiler: Wir seitens der GRÜNEN stehen der Auflösung des Gemeinderates ebenfalls sehr kritisch und skeptisch gegenüber. Wir sehen es als äußerst problematisch, dass in den nächsten Monaten Stillstand in unserer Gemeinde herrschen wird. Mein unmittelbarer Vorredner hat es schon angesprochen, Thema A22 wird auf uns zu kommen. Es ist aber nicht das einzige Thema, das eine große Bedeutung für unsere Stadt hat. Letzten Sonntag hatte ich Gelegenheit mit einer Volksschullehrerin zu sprechen. Die hat mir dann geschildert, welche Situation in der Stockerauer Volksschule herrscht. Wir sollten das auch hier auf den Tisch bringen, bevor wir da jetzt den Gemeinderat auflösen, was wir da hinterlassen. Volksschullehrerinnen haben mir erzählt, die Kinder sitzen am Gang, es gibt keine Klassenräume mehr, alle Klassen sind gefüllt. Bitte? Du schüttelst den Kopf, das ist Tatsache.

Gemeinderat Hopfeld: Aber warum hat man das nicht schon vorher gemacht?

Gemeinderat Pfeiler: Du kannst dich dann zu Wort melden. Also, das ist die Situation in unserer Volksschule. Wenn wir sagen, es ist unsere Möglichkeit, das an den Wähler zurückzugeben, okay - demokratisches Recht - so nehme ich das Argument. Da ist aber auch eine demokratische Pflicht dabei, dass wir nämlich den Wählerinnen und Wählern reinen Wein einschenken, was das bedeutet. Aufgelöster Gemeinderat bedeutet kein Budgetbeschluss, Frau Hermanek. Kein Budgetbeschluss bedeutet kein Baubeginn für die Volksschule. Von manchen Seiten wird so unterschwellig gesagt, naja die Volksschule ist eigentlich eh auf Schiene. Nein, ist sie nicht, sie ist so lange nicht auf Schiene, solange das Budget dafür nicht beschlossen ist. Kein Budget - kein Baubeginn. Ursprünglich laut Plan soll die Volksschule mit Bauzeit 1½ Jahre mit dem Schuljahr 2020/2021 in Betrieb gehen. Wenn wir da jetzt nicht in die Bauphase hineinkommen, weil es kein Budget gibt, dann wird ein weiteres Schuljahr beengte Raumverhältnisse herrschen. Das ist für uns ein Grund, warum wir zum Beispiel gegen die Auflösung des Gemeinderates sind. Ich glaube, das sollte man auch klar zum Ausdruck bringen, was die Konsequenzen sind, dass das auch allen bewusst ist. Dann gibt es auch das Thema KIG. Hier stand ein Reorganisationsbedarf an. Da ist dann die Frage, was in den nächsten Monaten passieren wird.

Insgesamt, es gibt einfach sehr viel zu tun in unsere Stadt und ein Stillstand wäre jetzt für uns aus unserer Sicht nicht zu vertreten. Die KIG habe ich kurz angesprochen, mein Vorredner Kollege Moser hat angedeutet, Änderungen der Geschäftsführung. Für mich ist jetzt eine wichtige Frage zum Beispiel an Sie Frau Hermanek, ob Sie auch die Geschäftsführerposition per 30.11. zurücklegen. Das ist bisher in keiner Weise diskutiert oder bekundet worden.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Das ist nicht Gegenstand der heutigen Sitzung.

Gemeinderat Pfeiler: Aber ich glaube, es wäre wichtig zu wissen, wie die Geschäftsführungssituation in der KIG ab 1. Dezember weitergeht. Das ist, glaube ich, eine berechtigte Frage.

Bürgermeister Laab: Das ist eine Entscheidung der KIG und nicht Tagesordnungspunkt des heutigen Gemeinderates. Wenn es keine Auskunft gibt, dann bitte sollte man sich damit abfinden.

Gemeinderat Pfeiler: Ich finde das absolut unverständlich, dass man heute zu so einer Stunde, wo es wirklich um die nächsten Monate unserer Stadt geht, sich hier herumdrückt und keine klare Aussage formuliert. Die KIG hat € 55 Mio. Schulden. Die Stadtgemeinde haftet dafür und Sie sind nicht bereit, hier, jetzt, heute bekanntzugeben, wie es in der KIG mit der Geschäftsführersituation weitergeht. Das finde ich wirklich enttäuschend, muss ich ganz ehrlich sagen. Wir sind gewählt, um fünf Jahre zu arbeiten. Wir hätten das auch gerne weiter gemacht. Wir haben das, glaube ich, auch in der schwierigen Situation unter Beweis gestellt. Ich denke jetzt zum Beispiel an viele Maßnahmen, die wir als GRÜNE initiiert haben - Ankauf der E-Fahrzeuge, Sportförderungen usw. bis hin zur schulischen Sozialarbeit. In dieser Art und Weise hätten wir gerne weiter gearbeitet und wir hoffen, dass das auch nächstes Jahr noch möglich sein wird im Sinne der Stadt. Dankeschön.

Bürgermeister Laab: Danke für die Wahlkampf-Wortmeldungen, Herr Ing Pfeiler.

Applaus

Gemeinderat Dummer: Den hier skizzierten Stillstand sehe ich nicht, weil ja das Budget zumindest ein Quartal fortgeschrieben wird. D.h. zumindest ist das Budget bis Ende März 2019 gesichert. Von der rechtlichen Situation her: Auch die Arbeiten für die Volksschule. Die Planungsarbeiten sind beauftragt, der Abbruch ist auch beauftragt. Aber, auch wenn neu gewählt wird oder nicht neu gewählt wird, in jedem Fall wird die Volksschule nicht in drei Monaten fertig sein. D.h., das was Sie sagen, es gibt jetzt schon einen Notstand in der Schule, nicht ausreichend Platz, das hat mit der Neuwahl oder Nicht-Neuwahl nicht unmittelbar etwas zu tun. Die Volksschule ist auf Schienen, die Planungsarbeiten sind im Laufen, da muss die Ausschreibung passieren. Also ich glaube nicht, dass dort, egal wie die Konstellation ist, vor März/April der Spartenstich sein wird. Da wäre es gut, wenn man bis dorthin gewählt hat. Die Chancen stehen gut, wenn wir jetzt diesen Schritt tun, dass wir Anfang März wählen und bis Mitte/Ende März eine handlungsfähige Regierung haben, die von den Bürgern gewählt wurde, von den Stockerauerinnen und Stockerauern und die nicht von irgendeiner Landespartei eingesetzt worden ist. Das finde ich undemokratisch und nicht angebracht und darum glaube ich schon, dass es für Stockerau der bessere Weg ist, dass die Stockerauerinnen und Stockerauer jetzt sagen, wie es weitergehen soll in der Stadt. Es ist auch eine Chance, dass wir nach dieser Neuwahl uns insgesamt neu formieren, dass wir wirklich da eine Zusammenarbeit zusammenbringen. Die alten Gegebenheiten, so wie du es gesagt hast, in den letzten 4 Jahren, die sind halt schlicht nicht mehr gegeben. Es gibt keinen Bürgermeister Laab mehr ab 1. Dezember, es gibt keine Vizebürgermeisterin Hermanek mehr ab 1. Dezember und auch viele Kollegen, mit denen wir jetzt zusammengearbeitet haben, nämlich fast mehr als 50% der SPÖ-Fraktion, werden auch nicht mehr in diesem Gemeinderat sein. Insofern denke ich, ist es sowieso notwendig, dass wir uns neu formieren. Die Wählerinnen und Wähler sollen auch oder vor allem, weil die sind die oberste Instanz in der Stadt, muss man so sehen, die Wählerinnen und Wähler in Stockerau sind die obersten Instanz und die sollen sagen, wie es in Stockerau weitergehen soll. Wir haben dann die Verpflichtung, nachdem der Wähler gesprochen hat, dass wir im Sinne der Stadt bestmöglich uns zusammenfinden nach der Neuwahl.

Gemeinderätin Riedler: Ich habe nun ziemlich viel gehört - es wäre Stillstand sozusagen. Also ich sehe schon, wenn wir jetzt Neuwahlen begehren, muss ich mich meinen Vorrednern von NEOS und GRÜNEN anschließen. Ich sehe auch einen gewissen Stillstand, vor allem was das Budget betrifft und den Ausbau der Schule. Weiters möchte ich dazu Stellung nehmen, dass wir Unmotivierte und Platzhalter nachbesetzen. Also da möchte ich vehement dagegen vorgehen. Das ist es nicht. Wir können motivierte Mandatare nachbesetzen. Das sind Persönlichkeiten, die teilweise schon Erfahrung mitbringen, vor allem politische Erfahrung, Praktiker, Praktikerinnen sowie Experten und Expertinnen. Also, als Platzhalter - diese Bezeichnung finde ich fehlt am Platz. Weiters finde ich interessant, dass von der Fraktion der FPÖ gekommen ist, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung Neuwahlen möchte. Wurde bereits die Bevölkerung befragt? Die Frage ist sicher interessant, repräsentativ würde ich sie nicht wirklich sehen. Hier kann jeder abstimmen, das hat nichts mit Stockerau zu tun. Da können von der ganzen Welt Personen daraufhin abstimmen. Freundinnen und Freunde, die man darauf ansetzen kann, also das kann nicht repräsentativ sein, dass ich sage, 50% der gesamten Bevölkerung von Stockerau wollen eine Neuwahl, nur weil jetzt eine NÖN-Umfrage, die vielleicht ein interessantes Ergebnis ergibt, das jetzt daran heranzuziehen, Danke.

Gemeinderat Falb: Auf keinen Fall haben Neuwahlen das Chaos herbeigeführt. Stillstand – es würde ein kurzer Wahlkampf sein - ansonsten ein langer Wahlkampf, 14 Monate. Es kann sich jeder ausrechnen, wo der Stillstand länger ist oder wo mehr Stillstand ist, in welchen der beiden Szenarien. Neuwahlen, mich wundert es gerade, wir sind alle für die Demokratie, wir sind alle Demokraten, Neuwahlen zur Gefahr hochzustilisieren, muss ich ehrlicherweise sagen, also das ist auf keinen Fall angebracht. Der Bürger sollte zu Wort kommen. Ich glaube, das wäre okay. Herr Kollege Fischer, Sie beklagen, dass Stockerau führerlos wäre. Ich beklage das nicht. Ich möchte dann ein führerloses Stockerau. Aber ich nehme an, Sie haben sich versprochen. Wir werden das im nächsten Gemeinderatsprotokoll entsprechend berichtigen.

Dass jetzt ein sehr großer Handlungsbedarf in Sache Schule besteht, wobei auch das Schulprojekt jetzt nicht den Bach runtergeht. Dass ein großer Handlungsbedarf in Sache KIG besteht, ich glaube, das ist klar, zeigt aber auch, dass wir eher früher wie später mit einer Neuaufstellung beginnen sollten. Jetzt zu sagen, die Dinge werden besser, nur weil man noch 14 Monate zuwartet. Ja, der Wahlkampf hat begonnen. Ich glaube, das hat man ja auch in der einen oder anderen Wortmeldung mittlerweile vernehmen können. Für die Öffentlichkeit sei es nur gesagt – die NÖ Gemeindeordnung sieht vor, sollte es aufgrund eines Beschlusses zu vorgezogenen Neuwahlen kommen, dann würden die planmäßigen Neuwahlen im Jahr 2020 entfallen und die Funktionsperiode des Gemeinderates würde sich um ein Jahr länger, bis ins Jahr 2025 in dem Fall, verlängern. D.h. man hätte sogar die Chance, in einer 6-jährigen Amtsperiode relativ viel, vielleicht sogar ein bisschen mehr zu bewältigen als das in fünf Jahren der Fall ist. Das sind ein paar kleine Argumente, aber mein Hauptargument ist - ich fürchte mich vor Demokraten, die sich vor Wahlen fürchten.

Gemeinderat Pfeiler: Ich möchte Bezug nehmen auf die Aussagen von Kollegen Dummer. Es war gerade die ÖVP, die darauf bestanden hat, richtigerweise übrigens, dass man bei Projekten, die man beginnt, eine Bedeckung braucht. Wir haben das auch immer mitgetragen und stehen auch dazu. Da darf man sich jetzt die Gegend nicht schön reden. Die Abbrucharbeiten können nicht beginnen, weil die Abbrucharbeiten und der provisorische Eingang usw. nicht im heurigen Budget enthalten sind. Also, wir können einfach nicht mit der Schule beginnen, weil es einfach keine Bedeckung gibt. Dass mit einigen Beschlüssen Planungsarbeiten beauftragt sind, das ist ja unbestritten, aber anfangen können wir einfach nicht ohne der Bedeckung. Das waren eure

Worte immer und da sollte man sich jetzt nicht irgendwie rausschwindeln durch diese Tür und glauben, es ist eh schon alles beschlossen und dann damit auch automatisch beauftragt.

Der zweite Punkt in Richtung Kollegen Falb. Also, vor uns braucht man sich, glaube ich, nicht fürchten. Wir sind ausgewiesene Demokraten. Ich finde es einfach ein bisschen überraschend, dass dann, wenn die Zeiten ein bisschen schwieriger werden, sich die ÖVP schnellstens in Neuwahlen bei gutem Wind verabschieden möchte. Das ist schon interessant, wenn man zurückblickt, wann wurden von wem Neuwahlen ausgelöst. Ich denke zurück an die Bundespolitik - Schwarz-Blau 1. Die FPÖ hat sich gespalten in eine FPÖ und ein BZÖ. Die ÖVP hat auf Bundesebene mit dem BZÖ weiterregiert. Das BZÖ hat sich zur der Zeit nicht einmal demokratisch legitimiert. Das BZÖ wurde nie gewählt und es wurde weiterregiert. Also, es geht um das Thema Neuwahlen, wann Neuwahlen ausgelöst werden oder nicht. Die ÖVP hat im Bund regiert mit einer Partei, die sich nicht einmal einer Wahl gestellt hat. Das sind Tatsachen. Also, da kann man jetzt nicht darüber hinweggehen.

Zu Herrn Mayer: Was ich total unverantwortlich finde, ist, dass Sie sich einen Tag oder in ein paar Stunden vor dieser Gemeinderatssitzung hinstellen und das Arbeitsübereinkommen auflösen mit Gründen, die seit 24. Oktober bekannt sind. Es ist kein einziger neuer Grund dazu gekommen, der nicht seit dem 24. Oktober abends bekannt gewesen wäre. Ich halte es für total unverantwortlich der Stadt gegenüber, ein Monat lang alle im Glauben zu lassen, das Arbeitsübereinkommen ist aufrecht und das dann ein paar Stunden davor zu kündigen. Ist okay, aber reden wir dann bitte nicht über Ehrlichkeit und reden wir nicht über Verantwortungsbewusstsein von eurer Fraktion. Alle Fakten waren am Tisch, Sie hätten das am 25. Oktober tun können und wir hätten dann alle uns die Karten neu legen können. Danke.

Gemeinderat Pollak: Also, ich bin auch dafür, die Kirche im Dorf zu lassen. Ich denke, dass keiner hier sich vor Neuwahlen fürchtet. Ich halte nur den jetzigen Zeitpunkt als falsch. In ein paar Tagen, bevor wir vorhaben, das Budget zu beschließen, das wir benötigen, um die laufenden und die kommenden Projekte in Umsetzung zu bringen, wollen wir uns hier auflösen. Ich denke nicht, da kann ich nicht mitgehen und halte ich für falsch. Denn wenn wir uns heute auflösen, haben wir nächstes Jahr die 12tel-Regelung und wir haben einen Regierungskommissär als Vorstand dieser Gemeinde statt eines eigenen Bürgermeisters. Ich denke, wenn dieser Gemeinderat gewillt ist, mit den nachgerückten Mandataren zu arbeiten, dann werden wir die Projekte, die sehr wichtig sind für die Stadt und sehr dringend sind, tatsächlich auch zu einer Umwälzung zu bringen und zwar gemeinsam ohne jetzt uns unbedingt sofort aufzulösen.

Stadtrat Moser: Ich glaube was wichtig ist festzuhalten. Keine Gruppe wird jetzt an diesem Tisch die anderen überzeugen und auf ihre Seite ziehen. Im Wesentlichen ist es ein Austausch von Standpunkten. Wie wir das von den GRÜNEN kennen, sehr weitgreifend von den Themen her als auch weit in die Geschichte zurück. Die bundespolitische Begebenheit, muss ich dazu sagen, von der Kollege Pfeiler gesprochen hat, stammt aus dem Jahr 2002 und betraf, wie gesagt, nicht die Gemeindeebene sondern die weit hergeholte Bundespolitik, die wir bei den Sachthemen, die wir haben, glaube ich, wirklich nicht bei uns am Tisch gebrauchen können. Stichwort Budget: Es geht ohne beschlossenes Budget die Welt nicht unter. Wir hatten das schon 2014/2015, nicht so weit zurück in der Vergangenheit, aber auch nicht sehr weit weg. Es ist damals zu ganz kurzfristigen Umplanungen gekommen und das wird auch jetzt so sein. Eine Wahl ist immer eine gewisse Stockung von Vorhaben. Aber haben wir sie nicht jetzt, haben wir sie in einem Jahr, und da gibt es wieder andere Dinge, die ein Thema sein können, wo wir vor demselben Problem stehen würden. Wie Herr Mag. Falb gesagt hat, Wahl gehört zur Demokratie dazu und der Preis an der Wahl ist ein bisschen ein Wettbewerb zwischen den Parteien, ist

mit Wahlwerbung verbunden, ist mit Wahlkampf verbunden, ist mit Wahlkampfrhetorik dann und wann verbunden, aber aus unserer Sicht so kurz wie möglich ein knackiger Wahlkampf und dann Segel hissen für 6 Jahre Stadtgemeinde Stockerau. Danke.

Gemeinderat Mayer: Ich möchte mich an die GRÜNEN richten. Ich habe nicht gewusst, dass sie in der Position sind, solche Meinungen abzuverlangen von uns, wie z.B. wo wir uns rechtfertigen müssen, wann wir auflösen oder wann wir das Arbeitsübereinkommen zurücklegen. Das habe ich nicht gewusst. Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich mich bei Ihnen gemeldet. Das zweite ist: Ich kann mich an 2015 erinnern. Da haben wir auch ein Übereinkommen gehabt, ein Arbeitsübereinkommen. Da habe ich von den GRÜNEN überhaupt nichts gehört, dass das geplatzt ist, sondern nur von der NÖN. Also, da möchte ich sagen, die Verantwortung ist, glaube ich, gegenseitig, sogar noch schlechter, wenn man das von der Zeitung hört. Also, diesbezüglich, glaube ich, sind wir keine Rechenschaft schuldig. Dankeschön.

Gemeinderat Pfeiler: Nur dass da keine Verwechslung entsteht. Sie sind mir eh keine Rechenschaft schuldig. Sie sind den Stockerauerinnen und Stockerauer schuldig, dass Sie einfach nur Ihre Entscheidung festlegen.

Gemeinderat Mayer: Das ist Ihre Meinung.

Gemeinderat Pfeiler: Und nicht auf die Anrufe auf der Landespartei zentrale der FPÖ in St. Pölten warten.

Gemeinderat Mayer: Wir haben eine ganze andere Meinung.

Gemeinderat Pfeiler: In Richtung Kollegen Moser: Gut - andere Ebene - länger zurück - gleiche Demokratie. Am Sonntag blättere ich in der Zeitung. Was finde ich – einen Artikel über Waidhofen. Dort ist vor einem Jahr das Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ aufgekündigt worden auf kommunaler Ebene. Dort wird im freien Spiel der Kräfte weitergearbeitet. Also das, glaube ich, ist ein aktuelles Beispiel, gleiches Bundesland, kommunale Ebene. Dort hat es keine Neuwahlen gegeben, sondern da wird weitergearbeitet. Auch das ist möglich. Ich hoffe, dass das Beispiel lebensnäher ist.

Stadtrat Moser: Sind dort auch neun Gemeinderäte zurückgetreten?

Gemeinderat Pfeiler: Es geht darum, einfach Beispiele zu bringen. Sie haben es ja eh gesagt, dass der Fall sehr ungewöhnlich ist. Ja, da pflichte ich Ihnen bei, aber die Frage ist, wie wir weiterarbeiten. Danke.

Gemeinderat Dummer: Beispiele gibt es natürlich in beide Richtungen. Ich glaube, im März 2019, soweit ich gehört habe, wird in zwei Weinviertler-Gemeinden auch neu gewählt aus Gründen dessen, dass sich der Gemeinderat aufgelöst hat. Aber das ist nicht das Kriterium, wie ist es wo anders und was will irgendwer in St. Pölten. Die Frage, um die es uns da gehen sollte, ist, was wollen die Stockerauerinnen, was wollen die Stockerauer. Es ist richtig, natürlich kann man Umfragen beeinflussen aber in beide Richtungen. Also nicht nur in eine Richtung sondern in die andere Richtung ist es beeinflussbar. Wir können auch Volksbefragungen durchführen. Das verzögert das Ganze aber nur und das, glaube ich, führt nicht zum Punkt. Der Punkt ist,

dass eben 25% des Gemeinderates die Funktion zurückgelegt hat und dass da mehr als angebracht ist, dass man sagt, soll der Bürger jetzt entscheiden, wie soll es weitergehen. Das dauert, jetzt ist eh Weihnachten, die Feiertage, das gehört ja auch organisiert. Also in der Zeit wird nicht viel passieren. Das Budget können wir sowieso erst beschließen, wenn nachbesetzt ist. Also, es würde sich sowieso alles verzögern. Wir verlieren da bestenfalls 2 Monate oder 2 gute Monate, aber besser diese 2 Monate investiert als wie 14 Monate Stillstand.

Gemeinderat Falb: Ich wollte noch eine Bemerkung machen. Wir haben heute zwei Entschuldigungen, der Kollege Holzer und die Kollegin Frithum. Ich finde es aus dem Grund ein bisschen schade, und das nicht als persönliche Bemerkung in Richtung der Frau Kollegin Frithum zu verstehen, aber ich finde es schade. Sie hätte heute natürlich darlegen können, was sie für Pläne für die kommenden 14 Monate hat. Sie ist uns allen per Postwurf präsentiert worden als die kommende Bürgermeisterin und in Wirklichkeit wäre das natürlich die spannende, die zentrale Frage gewesen. Jetzt reden alle möglichen über Pläne. Die GRÜNEN reden über die Pläne, die sie haben. Ja soll sein, aber eine Stellungnahme der Kollegin Frithum wäre zumindest sehr interessant gewesen, denn danach hätte man sich auch ein bisschen richten können. Zahlt sich das aus, das wir diesen Gemeinderat - ich glaube, man kann sich da jetzt ein sehr gutes Bild machen eigentlich - zahlt es sich aus, dass wir diesen Gemeinderat 14 Monate noch im Amt lassen oder sagen wir der Bürgerin und dem Bürger, dass wir wählen. Dann stellt man die ganze Sache neu auf und in den nächsten drei Monaten haben wir im Übrigen intensiv Gelegenheit, wenn es zu Wahlen kommen sollte, dass wir diesen Wettbewerb der Ideen auch führen. Uns sind in den letzten vier Wochen jedenfalls großartige Ideen, um das auch hier zu sagen, nicht präsentiert worden für die nächsten 14 Monate. Daher unsere komplette Angst, wir stehen vor 14 Monaten Wahlkampf und heute war schon ein kleiner Vorgeschmack.

Gemeinderätin Riedler: Herr Gemeinderat Othmar Holzer ist auf Urlaub, der ist schon lange geplant gewesen, und die Frau Gemeinderätin Frithum ist leider erkrankt. Deswegen werden sie halt mit uns vorlieb nehmen müssen, wir sind ja hier.

Ich würde noch gerne etwas dazu sagen, von wegen gewählt. Also, ich muss schon dazu sagen, demokratisch gewählt ist juristisch gesehen die gesamte Liste der SPÖ, der ÖVP usw. D.h. auch die, die nachrücken, sind bis zum Platz 74 juristisch gewählte Personen, die von der Bevölkerung eine Legitimation dafür bekommen haben. Also zu sagen, ja es fallen jetzt 25% raus, ist wohl so, allerdings juristisch gewählt ist die gesamte Liste und damit auch alle Personen bis Platz 74.

Gemeinderat Pfeiler: Wir sprechend da auch so viel über die Stockerauerinnen und Stockerauer und diverse Fairness jetzt zurückzugeben, dann müssen wir der Fairness halber auch eines noch, bitte, bedenken. Es gibt eine Bürgerinitiative Tunnel Grünbrücke, Grüner Übergang über die A22. Die Bürgerinitiative hat unter größtem persönlichem Engagement, unter größtem persönlichem Einsatz mittlerweile über 1.000 Unterschriften gesammelt. Wenn heute und hier dieser Gemeinderat aufgelöst wird, gibt es einmal eine sehr lange Zeit keine Möglichkeit, dieses Anliegen hier zu diskutieren und hier eine eigene Meinung sich dazu zu bilden. Es sind immerhin 1.000 Leute, die für dieses Anliegen unterschrieben haben. Das sollte man auch nicht so einfach vom Tisch kehren. Das wird man dann frühestens im März behandeln können, wahrscheinlich zu einem Zeitpunkt, zu dem die Asfinag schon ihr Projekt eingereicht hat und Dank Standardgesetz vielleicht auch schon Genehmigung in Reichweite hat. Da gibt es 1.000 Leute, die sich zu einem wichtigen Thema geäußert haben, denen schneiden wir jetzt komplett die Bahn ab, wenn heute diesem Antrag stattgegeben wird.

Ein zweiter Punkt noch zum Thema Verantwortung. Nur damit es auch einmal klar von unserer Seite gesagt ist. Ein Generationenwechsel in einer Fraktion ein Jahr vor einer Wahl, ist grundsätzlich nichts Ungewöhnliches. Dass der Generationswechsel von der SPÖ-Fraktion komplett versemelt worden ist, bitte ich glaube, das ist auch klar und das möchte ich auch zum Ausdruck bringen, dass man sich so einen Übergang von der stimmenstärksten Fraktion in einer Stadt nicht vorstellt und dass das mit Verantwortung eigentlich nicht allzu viel zu tun hat. Danke.

Gemeinderat Falb: Man sollte ein bisschen vorsichtig sein und ein bisschen eine Ehrlichkeit auch haben in diesen Fragen, wer hat hier was und wer setzt sich für wen ein, welche Interessen hat man, wo gehe ich auf Stimmenfang. Ich darf aber doch in Erinnerung rufen und diejenigen unter den Zusehern, die regelmäßig hier an den Gemeinderatsitzungen teilnehmen, die wissen, wo diejenigen sitzen, die sich in Sachen A22, UVP und allen damit verbundenen Fragen immer stark gemacht haben, auch für einen Termin der Bürgerinitiative beim Bürgermeister zuletzt. Ja, über die Sportförderung könnten wir reden und über einiges anderes weiter, was hier gefallen ist, und wo ganz einfach Dinge verdreht werden oder man versucht sich Federn auf den Hut zu stecken, so groß ist der Hut gar nicht. Dann darf ich schon eine Verwunderung darüber Ausdruck verleihen, dass man gerade jetzt einer Kollegenschaft, die, wie gesagt wird, den Übergang völlig versemelt hat, zutraut, dass sie die nächsten 14 Monate nichts versemelt. Ich bin auch für Vertrauen und Vorschussvertrauen usw., aber wir können nicht auf der einen Seite sagen, da ist alles versemelt worden und auf der anderen Seite sagen, aber jetzt, jetzt weil Wahlen sind im Jänner 2020, jetzt die nächsten 14 Monate, da, aber da, KIG und da und dort und Schulen und versemeln null. Nein!

Gemeinderat Dummer: Die A22 - erstens haben wir da einen rechtlichen Vertreter bestellt, der uns vertritt. Das ist nicht eine Sache, die von heute auf morgen erledigt wird. Das ist sicher nicht in den nächsten drei Monaten entschieden. Da ist Zeit und da gibt es sicher auch die Möglichkeit, die Anliegen weiter zu transportieren. Es ist auch in der Gemeindeordnung vorgesehen im § 94 (5), dass, wenn ein Regierungskommissär bestellt wird für die Fortführung, ein Beirat auch bestellt werden kann, der als Art Stadtrat fungiert, so dass da die Geschäfte wirklich geordnet sind für diese drei Monate, wirklich geordnet geführt werden können, ohne dass ein großer Stillstand eintritt. In drei Monate haben wir eine handlungsfähige Regierung, die wirklich mit frischen Wind da durchstartet. Ich glaube, das ist die beste Lösung.

Gemeinderätin Gübler: Ich habe mir das Ganze jetzt einmal angehört. Ich finde es sehr schade, weil, wie gesagt, Frau Frithum hat mit allen Gespräche geführt, offene Gespräche geführt, sehr gute Angebote gemacht. All unsere frei gewordenen Mandate können von Persönlichkeiten nachbesetzt werden als Stadt- und Gemeinderäte. Es handelt sich um Personen mit politischer Erfahrung, Praktiker, Experten. Wir haben weder irgendjemanden überreden müssen, die kommen freiwillig wieder zurück, es sind weder Platzhalter. Da muss ich auch sagen, die Bürger von Stockerau haben gewählt, 2015 haben sie SPÖ Stockerau gewählt, unsere Liste von Platz 1 bis 74, diese alle haben sie gewählt. Für mich bedeuten die Neuwahlen, da kann ich mich Herrn Dr. Fischer, Herrn Pfeiler und Frau Riedler anschließen, sehr wohl Stillstand, vier Monate von Dezember bis März. Wir die SPÖ Stockerau wollen keinen Stillstand. Wir sind bis 2020 gewählt worden. Die Umfrage von der NÖN muss ich auch noch mal erwähnen. Da kann ich mich auch nur anschließen, die ist für mich auch nur lächerlich. Wir wollen gemeinsam mit unserer Bürgermeisterin im Gemeinderat arbeiten. Wir haben sehr wohl Pläne für die Zukunft – neue Wege, frischer Wind, motiviert sind wir alle, Verantwortung zu übernehmen und den

Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu zeigen, dass sie mit der SPÖ Stockerau einen verlässlich Ansprechpartner haben.

Bürgermeister Laab: Bevor wir zur geheimen Abstimmung kommen werden zwei Vertrauenspersonen beigezogen:

von der SPÖ Stadträtin Eisler Elfriede und
von der ÖVP Stadtrat Kronberger Karl.

Stimmzettel werden verteilt.
Die Wahl findet im Trauungssaal statt.

Die Sitzung wird für die Wahlhandlung unterbrochen.

Nach der Wahlhandlung wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Bürgermeister Laab gibt das **Wahlergebnis** bekannt:

	35	Stimmen wurden abgegeben (entspricht der Anwesenheit)
davon sind	10	Stimmen auf NEIN – gegen die Auflösung
	19	Stimmen auf JA – für die Auflösung
	2	Stimmen mit Stimmenthaltungen
	4	Stimmen ungültig (beim Stimmzettel nichts angekreuzt)

Somit ergibt sich keine 2/3 Mehrheit (25 Stimmen) für die Auflösung und somit hat dieser Antrag keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Stadtrat Moser: Wir haben gesehen, der Antrag, unser Antrag gemäß § 20 Abs. 2 hat nicht die erforderliche 2/3 Mehrheit gefunden. Trotzdem muss man sagen, 19 von 29 gültigen abgegebenen Stimmen, das ist eine Mehrheit von 65%, fast 2/3 der abgegebenen gültigen Stimmen, ist, glaube ich, durchaus ein Ergebnis, das eine deutliche Sprache spricht. Ich habe mich daher persönlich entschlossen hier einen anderen Weg zu gehen, den die Gemeindeordnung bietet. Ich werde mein Mandat als Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau mit Ende 30.11.2018 zurücklegen.

Gemeinderat Mayer: Auch ich werde mein Mandat mit 30.11.2018 zurücklegen.

Stadträtin Völkl: Auch ich lege mein Mandat als Gemeinderätin der Stadtgemeinde Stockerau per 30.11.2018 zurück.

Gemeinderätin Handschuh: Auch ich lege mein Mandat mit 30.11.2018 zurück.

Stadtrat Kube: Auch ich lege mein Mandat mit 30.11.2018 zurück.

Gemeinderat Falb: Ich lege mein Mandat mit Ablauf des 30.11.2018 zurück.

Gemeinderat Winter: Ich lege mein Mandat mit 30.11.2018 zurück.

Stadtrat Kronberger: Auch ich lege mein Mandat mit Ende des 30.11.2018 zurück.

Gemeinderätin Trabauer: Auch ich lege mein Mandat mit 30.11.2018 zurück.

Gemeinderat Hopfeld: Ich lege mein Mandat mit 30.11.2018 zurück.

Gemeinderätin Weiss: Auch ich lege mein Mandat mit 30.11.2018 zurück.

Gemeinderätin Kopf: Auch ich lege mein Mandat mit 30.11.2018 zurück.

Gemeinderätin Wiesner: Auch ich lege mein Mandat mit Ablauf des 30.11.2018 zurück.

Gemeinderat Hetzendorfer: Auch ich lege mein Mandat mit 30.11.2018 zurück.

Gemeinderat Bartosch: Ich lege mein Mandat mit 30.11.2018 zurück.

Gemeinderat Dummer: Nachdem hier keine konstruktive Arbeit möglich ist, lege auch ich mein Mandat mit 30.11.2018 zurück.

Bürgermeister Laab: Nachdem jetzt hier, Sie haben es gehört, die Damen und Herren der ÖVP und der FPÖ ihre Mandate mit 30.11.2018 zurückgelegt haben, werden wir die entsprechenden weiteren Maßnahmen einleiten, weil der Gemeinderat damit keine beschlussfähige Mehrheit mehr aufweist.

Ich bedanke mich und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Applaus

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung.

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebgm. Susanne Hermanek

StR Dr. Christian Moser

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Erwin Kube

GR DI Pfeiler Dietmar

Für die NEOS

GR Dr. Martin Fischer

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder